

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die Erhaltung einer gesunden Berglandschaft als wichtiges Ziel

Vor 20 Jahren wurde die Alpschutzvorlage vom Volk deutlich verworfen – Neue Verordnung bewirkte grossen Erfolg

Vor ziemlich genau 20 Jahren, am 21. Januar 1967, haben die Stimmberechtigten des Fürstentums Liechtenstein das damals heftig umstrittene «Gesetz zum Schutze des Alpengebietes» mit 1332 JA gegen 2086 NEIN deutlich verworfen. Im Abstimmungskampf hatten sich die Bürgerpartei und die Vaterländische Union diametral gegenübergestellt. Im Juli 1968 trat dann eine Verordnung über die Sanierung der Alp- und Berggebiete in Kraft, die sich in den Folgejahren bestens bewährt hat. Bis heute haben Land, Gemeinden und Genossenschaften rund 25 Mio. Franken in die Berggebietssanierung investiert. Ziel all dieser Massnahmen ist es, unsere Berggebiete gesund und intakt zu erhalten. Die Bemühungen in dieser Richtung müssen ständig weitergehen. Was hat uns die Vorlage in den letzten 20 Jahren gebracht? Warum wurden solche Massnahmen überhaupt notwendig? Wie wurde bei der Sanierung konkret vorgegangen? Haben diese hohen Investitionen einen Sinn? – Solche und ähnliche Fragen beantwortet als kompetenter Autor unser langjähriger Mitarbeiter, Ing. agr. Ernst Ospelt (Vaduz), der viele Jahre das Landwirtschaftsamt führte und auch mit dieser komplexen Materie bestens vertraut ist. Lesen Sie nachstehend seine Ausführungen:

20 Jahre Berggebietssanierung: Eigentlich sind es erst 19 Jahre, da auf Grund der Verordnung vom 1. Juli 1968 über die Sanierung der Alp- und Berggebiete die intensiven Sanierungsarbeiten in unseren Alpen in Angriff genommen worden sind. Der Anstoss dazu wurde 1967 durch die Einbringung eines Gesetzesentwurfes gegeben. Wenn dieses Gesetz auch keine Gnade beim Volk fand, so begann doch damit eine Rückbesinnung auf die Werte, welche der Alpenraum in unserem Lande darstellt.

Rückblickend darf man wohl auch sagen, dass der Gesetzesentwurf etwas zu autoritär geraten war und den Genossenschafts- und Gemeindefunktionen Massnahmen und Auflagen gebracht hätte, die sehr einschränkend gewesen wären und die Besitzer in ihrer Handlungsfreiheit stark tangiert hätten.

Die nachfolgend ausgearbeitete Verordnung, basierend auf der Waldordnung von 1865 und dem Alpgesetz von 1867 sowie dem Gesetz betreffend die Rüfelschutzbauten von 1899, zeigte im Verlaufe ihrer Anwendung grosse Effizienz und darf heute wohl als richtige Massnahme zum Schutze unseres Alpengebietes angesehen werden.

Warum überhaupt solche Massnahmen?

Die Entwicklung in unserem Lande nach der Beendigung des letzten Krieges brachte grosse, wirtschaftliche Veränderungen und gleichzeitig einen Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung, so dass zu jenem Zeitpunkt für die noch verbleibende Landwirtschaft im Talgebiet und in den Berggemeinden scheinbar genügend Land zur Verfügung stand und dadurch der Alpwirtschaft keine grosse Bedeutung mehr beigemessen wurde.

Wenn auch durch das ORL-Institut der ETH Zürich und durch die Arbeiten von

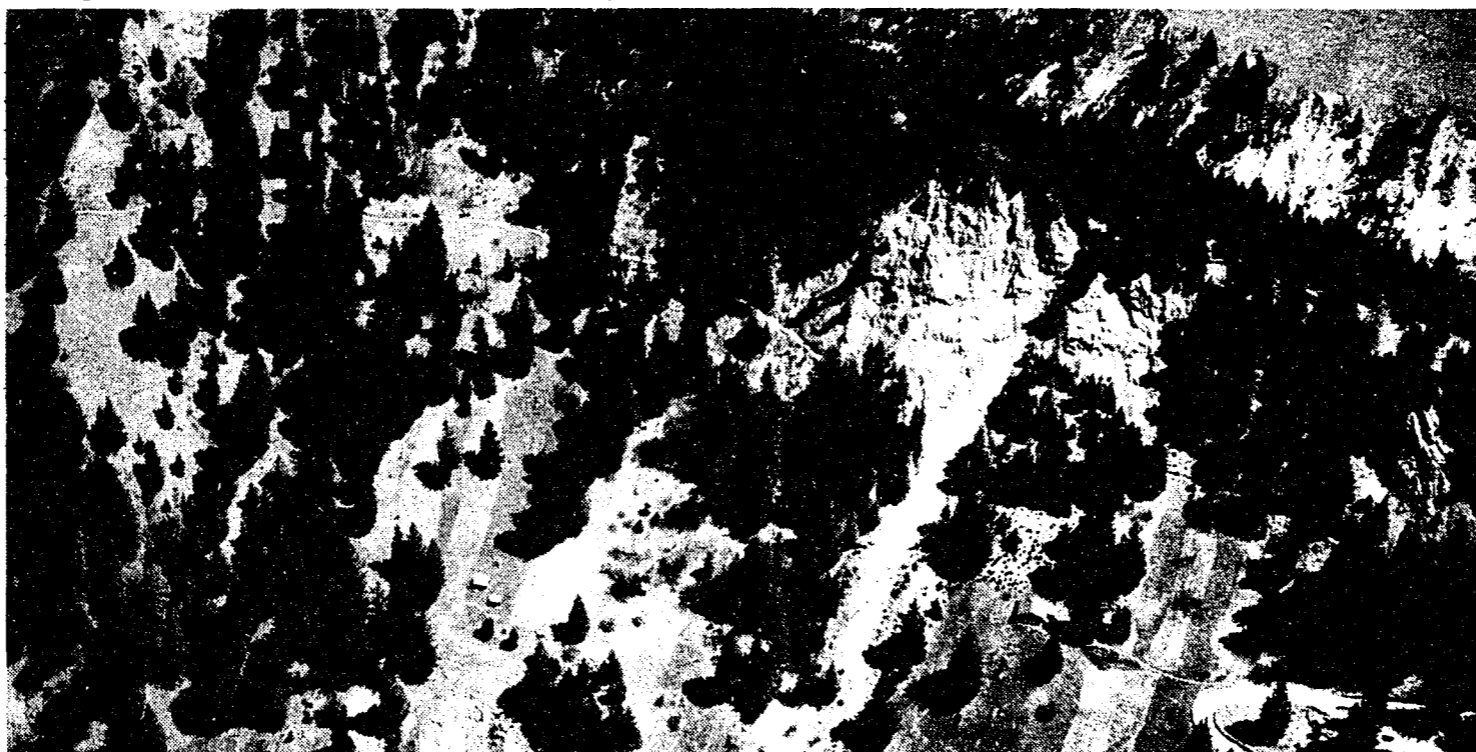
zwei Diplomemestern der Abteilung für Kulturtechnik unter der Leitung von Professor Ramser schon in den fünfziger Jahren darauf hingewiesen wurde, welche Reserven in diesem Gebiet liegen und auch eine schonende, nicht alles überwuchernde Entwicklung empfohlen wurde, so schenkte man diesen Arbeiten zu jenem Zeitpunkt eigentlich zu wenig Beachtung.

Erst die bauliche Entwicklung im Malbun und die ständige Ausdehnung touristischer Attraktionen liessen dann doch aufhorchen und führten langsam zur Überzeugung, dass für diese Gebiete Massnahmen zum Schutze und zur Erhaltung ergriffen werden müssten. Hinzu kam noch, dass durch Überbauung und den Winter hindurch geöffnete Strassen Lawinengebiete entstanden, die nicht

nur Gebäude, sondern auch Menschen gefährdeten.

All diese Überlegungen führten dazu, dass eine Sanierung des Alpengebietes nur eine integrale sein konnte, das heisst bei einem der Sanierung unterstellten Gebiet mussten alle Aspekte von der Landwirtschaft über die Alpwirtschaft, Rufen, La-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Der Beruhigung von Erosionshängen durch verschiedene Massnahmen wurde grösste Aufmerksamkeit geschenkt. In den letzten Jahren sind diverse Verbauungen mit Holz und Pflanzen von Weiden- und Erlenstecklingen durchgeführt worden. Alles Massnahmen im Zusammenhang mit der Berglandsanierung. Unsere Archiv-Aufnahme zeigt einen Berghang vor Inangriffnahme entsprechender Schutzvorkehrungen.

VP Bank: Herausgabe von Partizipationsscheinen

Verwaltungsrat stellt der GV Antrag zur Erhöhung des PS-Kapitals auf 30 Mio. Franken

Im Mittelpunkt der ordentlichen Generalversammlung der VPBank Vaduz vom 18. März 1987 in Triesen stand u.a. ein Antrag des Verwaltungsrates zur Erhöhung des Partizipationskapitals von 15 Mio. auf 30 Mio. Franken durch die Ausgabe von 300 000 Partizipationsscheinen (PS) zum Nennwert von 50 Franken. Ziel dieser Emission ist es, die Eigenkapitalbasis der aufstrebenden Vaduzer Privatbank weiter zu verstarren. Auf uns Direktor Dr. E. H. Batliner, wie uns Frage hin sagte, werde sich der Verwaltungsrat nach Ermächtigung durch die Generalversammlung mit den Konditionen der Emission befassen und die Öffentlichkeit entsprechend informieren.

Der Verwaltungsrat der Generalversammlung einen erneut hervorragenden Jahresabschluss präsentieren. Die Ergebnisse des Vorjahres (1985) konnten nochmals erheblich gesteigert werden, wie dem eben veröffentlichten Jahresbericht zu entnehmen ist. Dieser Erfolg stellte sich in einem günstigen Umfeld für die gesamte Bankwirtschaft in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein ein, heisst es darin. Wie in der Schweiz herrschten auch in unserem Land günstige Rahmenbedingungen vor.

Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie die vorteilhafte konjunkturelle Entwicklung in unseren Nachbarländern hätten die Exporterfolge der liechtensteinischen Unternehmen nachhaltig gefördert. Negativ ins Gewicht sei in einzelnen Exportmärkten die Dollarschwäche gefallen. Dennoch seien in den meisten Unternehmungen hoch gewesen. Nach wie vor herrschte ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Hohe Zuwachsraten seien in der Bauwirtschaft zu beobachten gewesen, aber auch im Dienstleistungssektor, dessen Bedeutung immer stärker wird.

Reingewinn auf neuem Höchststand

Der Reingewinn der Verwaltungsrat- und Privat-Bank AG., Vaduz, stieg auf einen Höchststand von 15 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung von 3,3 Mio. Franken oder 28,5 Prozent. Insbesondere im indifferenten, nicht bilanzwirksamen Geschäft konnte die VP Bank erhebliche Mehrerträge erzielen.

Der Verwaltungsrat wird am 18. März an der Generalversammlung in Triesen den Aktionären folgende Gewinnverteilung vorschlagen: 7,2 Mio. Franken Aus-

schüttung einer Dividende von zwölf Prozent auf das Aktienkapital von 60 Mio. Franken. 1,8 Mio. Franken Ausschüttung einer Dividende von 12 Prozent auf das Partizipationskapital von 15 Mio. Franken. 600 000 Franken Zuweisung an die gesetzlichen Reserven, 5,5 Mio. Franken Zuweisung an die anderen Reserven und 462 369,89 Franken Gewinnvortrag auf neue Rechnung.

Der Personalbestand der VPBank hat sich innerhalb eines Jahres (Stichtag 31. Dezember 1986) auf 220 Mitarbeiter erhöht (Vorjahr: 182 Personen). Der Personalbestand setzt sich wie folgt zusammen: 6 Direktionsmitglieder, 4 Vizedirektoren, 3 Chefprokuristen, 23 Prokuristen, 18 Handlungsbevollmächtigte, 146 nicht Zeichnungsberechtigte und 20 Lehrlinge. Davon sind 148 (67 %) Liechtensteiner, 49 (22 %) Schweizer und 23 (11 %) Bürger anderer Staaten mit Wohnsitz in Liechtenstein. Die Fluktuationsrate (Wechsel) betrug lediglich 8,5 Prozent. (hoe)

(Siehe auch Beitrag von Bankdirektor Dr. E.H. Batliner über die Entwicklung der VPBank zur Publikums-Gesellschaft im Innern der heutigen Ausgabe).

Arbeitsplatzabbau PAV:

Fast alle Mitarbeiter sind untergebracht

Im Zusammenhang mit den Struktur-Anpassungsbemühungen bei der PAV Vaduz, musste die Geschäftsleitung bekanntlich auf Ende 86 einen Personalabbau von 60 Personen verfügen. Wie uns der kaufmännische Geschäftsleiter der Firma, Herr Fätzer, auf Anfrage hin sagte, sind für praktisch alle 60 Mitarbeiter entsprechende Arbeitsplätze in der Industrie gefunden worden. Einige wenige Problemfälle sollen in nächster Zeit ebenfalls einer Lösung zugeführt werden.

Die PAV sei von Anfang an optimistisch in der Unterbringung der Mitarbeiter gewesen. Schon vor der Bekanntgabe der Entlassungen seien mit der Industrie und dem LANV zielführende Gespräche geführt worden. Die Firma habe zu Beginn der Aktion einen Sozialplan für Härtefälle ausgearbeitet, der aber aufgrund der raschen Unterbringung der betroffenen Mitarbeiter nicht beansprucht werden musste. Die PAV-Angestellten hätten eine mindestens gleichwertige und teils bessere Stelle gefunden, was die Geschäftsleitung als erfreulich und positiv bewerte.

Verbesserte Ausrüstung der Öl- und Chemiewehr

(paf) – Im Zuge der Hebung des Ausrüstungsstandes der Öl- und Chemiewehren des Landes hat die Regierung bereits im vergangenen Jahr verschiedene Kredite für Neuanschaffungen bewilligt. Mit einem weiteren Kredit von Fr. 42 700.– sollen nun für den Chemiewehrstützpunkt Vaduz und die Gemeinde-Ölwehren spezielle Schutzanzüge sowie entsprechende Schutzmasken und -brillen angeschafft werden.

Entwicklungsprojekte in Malawi unterstützt

(paf) – Die Regierung hat in der Sitzung vom 24. Februar 1987 für verschiedene Entwicklungsprojekte in Malawi Landesbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 154 000.– genehmigt.

Bei den Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Malawi handelt es sich um die Renovation von Schulhäusern und den Aufbau von einfachen Solarsystemen für die Stromversorgung und die Warmwassererzeugung. Zudem sollen mit liechtensteinischer Hilfe verschiedene regionale Reparaturstellen aufgebaut werden für die Wiederinstandstellung von Werkzeugen und Geräten.

Landesbeiträge an unsere Sportverbände

(paf) – Auf Antrag des Sportbeirates hat die Regierung in der Sitzung vom 24. Februar 1987 die Ausrichtung von Landesbeiträgen in der Höhe von Fr. 122 000.– an die Sportverbände des Landes bewilligt. Es handelt sich dabei um Beiträge für ausserordentliche Trainingsleistungen, internationale Wettkämpfe und Aufwendungen für den Spitzensport im Jahr 1986.

Schweiz: Über 1000 Verkehrstote

Bern (AP) Die Zahl der Verkehrstoten ist letztes Jahr um 13,9 Prozent auf 1.034 angestiegen. 1985 waren es 908 Verkehrstote gewesen. Die Zahl der Unfälle erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Prozent und die der Verletzten um 1,7 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag aufgrund provisorischer Auswertungen mitteilte. Im langjährigen Vergleich liegt das Jahr 1986 mit den Verkehrstoten an zweithöchster Stelle. Nur 1985 war die Zahl tiefer.

Aussenminister Norwegens tot

(AP) Der norwegische Aussenminister Knut Frydenlund ist am Donnerstag im Alter von 59 Jahren in einem Osloer Krankenhaus gestorben. Nach Mitteilung der Ullevaal-Klinik erlag der Politiker einem Gehirnschlag, den er am Mittwoch bei seiner Rückkehr von einem Aufenthalt in Helsinki auf dem Flughafen von Oslo erlitten hatte. Frydenlund hatte seit 1973 vier sozialdemokratischen Regierungen als Aussenminister angehört. Ab 1969 gehörte er auch dem Parlament an.

SBG steigerte Gewinn markant

(AP) Die grösste Schweizer Bank, die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG), hat 1986 ihren Reingewinn im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent auf 776 Millionen Franken gesteigert. Die Bilanzsumme erhöhte sich gleichzeitig um neun Prozent auf 152 Milliarden Franken, wie aus dem am Donnerstag veröffentlichten Geschäftsbericht hervorgeht. Die SBG-Bilanz stand erneut unter starkem Einfluss der Dollar- und Goldkursentwicklung.

Wieder Atomtest in der UdSSR

(AP) Die Sowjetunion hat am Donnerstag morgen ihren ersten Atomwaffentest seit 19 Monaten vorgenommen und damit ihr viermal verlängertes einseitiges Moratorium beendet. Die meldete Nachrichtenagentur TASS, die Sprengkraft der unterirdisch gezündeten Bombe habe unter der mit den USA vereinbarten Obergrenze von 20 000 Tonnen des herkömmlichen Sprengstoffs TNT gelegen. Der Versuch fand auf dem Testgelände bei Semipalatinsk in Kasachstan statt.

Mehr Nutzen
weniger Computer
MICOMP
Kompetente PC-Beratung
MICOMP Aktiengesellschaft
BBB-Center, Neusand, FL-9495 Triesen
Telefon 075/2 79 97, Telex 889 394,
Telefax 075/2 60 60
Off. IBM Personal-Computer-Vertretung